

Zeitschrift: SES Notizen
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 1 (1979)
Heft: 4

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE NEUE ENERGIEKOMMISSION (Fortsetzung von Seite 1)

des Schweizerischer Elektrizitätswerke und Dr. Georg Stucky, Geschäftsführer der Erdölvereinigung, der nach seiner Wahl in den Nationalrat (FDP) wohl ersetzt werden muss. Ausserdem sind da vom Vorort dipl.Ing.ETH Pierre Borgeaud, Präsident des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller und Generaldirektor der Sulzer, und vom Gewerbe Dr. Balz Horber, Sekretär des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Bern. Auch der Vertreter der Kantone, Regierungsrat Tobias Kuoni aus dem Graubünden, hat sich immer schon als eifriger Interessenvertreter der Elektrowirtschaft hervorgetan und Dr. Bruno Gruber, Sekretär des Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbundes kann man wohl ebenfalls zu den bedenkenlosen Atombefürwortern zählen. Der Kernkraftapostel beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, SGB-Sekretär Dr. Benno Hardmeier, lässt sich nicht mehr ohne weiteres der Atomlobby zurechnen, denn die kritische Haltung der Gewerkschaften kann er auf die Dauer wohl nicht einfach übergehen. Auch der Bauernvertreter dipl.Ing Hans Dickenmann könnte in Einzelfragen vielleicht umschwenken. Die Vertreter von Kohle und Gas, Dr. Willy Bosshardt (Direktor der Ruhr- und Saarkohle AG, Mitglied des 50-köpfigen SES-Stiftungsrates) und Eric Georgis (Präsident der Gaznat, Vevey) sind natürlich an einer Absatzausweitung ihrer Energieträger interessiert, während der nächsten Jahre jedoch lässt sich das mit einer alternativen Energiepolitik vereinbaren.

Bleiben noch dipl.Ing. Werner Strebel (Energiespezialist der Ciba-Geigy und Präsident des Energiekonsumenten-Verbandes der Industrie), dipl.Ing. Hans Scheller (Direktor des Gas- und Wasserwerkes Bern), sowie die Alternativ-Technokraten Prof. Pierre Suter (Präsident der Expertenkommission für die Nutzung der Sonnenenergie, Lausanne) und PD Dr. Ladislaus Rybach (Präsident der Fachkommission für die Nutzung geothermischer Energie und die unterirdische Wärmespeicherung, Zürich). Ueber ihre grundsätzliche Haltung ist in der Öffentlichkeit bisher wenig bekannt.

Präsident der neuen Energiekommission wird der 37-jährige Tessiner CVP-Regierungsrat Dr. Fulvio Caccia. Er war Mitglied des kantonalen Komitees für die Atom-schutzinitiative und gilt als "konsensfähiger", gemässigter AKW-Gegner. Bis zu seiner Wahl in die Tessiner Regierung (1977) war der ETH-Absolvent Direktor des kantonalen Lyzeums von Lugano. Nachdem prominente Partei-

freunde von der "CVP-Krankheit" - wie man gestörte Beziehungen zur Steuerbehörde dort zuweilen nennt - befallen worden waren, rutschte er zunächst als Verleihenheitslösung in den Regierungsrat. Bei den Erneuerungswahlen jedoch erzielte er dann das weit-aus beste Ergebnis. Dem "progressiven CVP-Wunderkind" wird Entschlussfreudigkeit nachgesagt. Als Vorsteher des neugeschaffenen Umweltdepartements (ausserdem ist er noch für die Polizei verantwortlich) hat Caccia Schwung in die Tessiner Energiepolitik gebracht. "Der Tessin ist da heute der aktivste Kanton" lobt man im Bundesamt für Energiewirtschaft. Auf dem Eidgenössischen Parkett ist er jedoch Neuling. Ob er sich der Mehrheit der erfahreneren Kommissionsmitglieder entgegenstellen mag, bleibt abzuwarten.

Seine Ernennung jedenfalls ist ein geschickter Schachzug: Ein gemässigter AKW-Gegner als Aushängeschild und eine pronukleare Kommissionsmehrheit als Korrektiv. Zudem wurde die CVP besänftigt, die zusammen mit der SP mit dem Uebergewicht der Freisinnigen nicht zufrieden war. Bemerkenswert ist, dass sich gerade Atomfreund Kiener (Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft BEW) für seine Ernennung eingesetzt haben soll. Ritschard hätte angeblich Prof. Tschopp vorgezogen.

Das sind sie also, die neunzehn Herren und zwei Damen, die die schweizerische Energiepolitik in den nächsten Jahren entscheidend mitbestimmen werden. Sie sollen das Departement und den Bundesrat in den wichtigen Fragen der Energiepolitik beraten. Die Techniker sind in der Mehrheit. Eidgenössische Parlamentarier hatte der Bundesrat von vornherein ausgeschlossen. Was dabei herauskommt ist diesmal nicht so leicht vorherzusagen. "Die meisten Mitglie-

der dürften in Bezug auf wichtige kontroverse Fragen mit festgelegten Konzepten in die Kommission eintreten, was eine sachbezogene Arbeit nicht gerade erleichtern wird. Wegen der in einem fragwürdigen Sinn ausgeglichenen Zusammensetzung wäre es nicht erstaunlich, wenn es immer wieder zu Patt-Situationen käme", schreibt die Neue Zürcher Zeitung.

Zunächst steht Kaiseraugst auf dem Programm. Dass dort nicht gebaut wird, darüber ist man sich weitgehend einig. Es geht nur noch um die Entschädigung. Interessant ist, dass manche Insider tatsächlich hoffen, Kaiseraugst werde wegen fehlendem Bedarf schon in der Kommission abgelehnt und nicht erst aus politischen Gründen im Nationalrat. Das wäre auch für Graben von Bedeutung.

Anders als die GEK wird die neue Kommission dem Energieproblem nicht mir grossen Konzeptionsentwürfen zu Leibe rücken. Das ist auch nicht ihr Auftrag. Was sie mit den weitgehend unbrauchbaren Unterlagen ihrer Vorgängerin anfängt, bleibt abzuwarten. Ueberhaupt, welches Gewicht die Kommission bekommt und was alles sie tut, scheint weitgehend von ihr selber abzuhängen, der Spielraum ist jedoch wohl eingeschränkter als bei der GEK. Die Energiekommission wird auch keinen unabhängigen Stab zur Verfügung haben. Anscheinend wird der Dienst für Energiekonzeption im BEW - hervorgegangen aus dem GEK-Stab - die laufende Arbeit der Kommission übernehmen. Er hat auch die GEK-Vernehmlassung auszuwerten.

Der Bundesrat musste Konzessionen machen. Trotzdem aber bleibt die Zusammensetzung der Kommission unbefriedigend und zutiefst undemokratisch. Viel Gutes kann man von ihr nicht erhoffen. rs.

ENERGIESZENE

Kaiseraugst-Abstimmung in Zürich?

Zwar fallen die Würfel über den Bau von Atomanlagen im Bundeshaus. Dennoch haben die Kantone im Vernehmlassungsverfahren, das einer Bewilligung vorausgeht, gewisse Einflussmöglichkeiten. Um der Bevölkerung wenigstens hier zu einem begrenzten Mitspracherecht in Atomfragen zu verhelfen, haben Kreise der Anti-AKW-Bewegung und der Umweltschutzorganisationen in verschiedenen Kantonen bereits entsprechende Vorstösse unternommen.

Im Hinblick auf das geplante AKW in Kaiseraugst haben die Stimmberechtig-

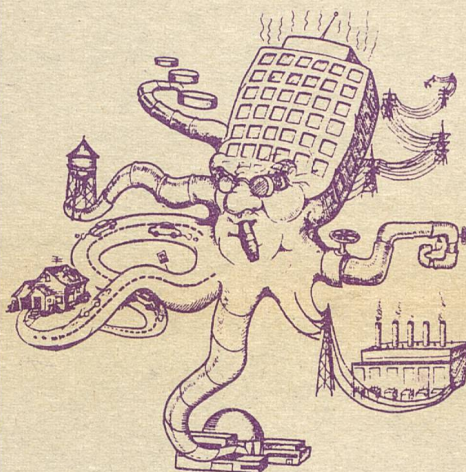
ten der Kantone Basel-Stadt und Basel-Land mit grossem Mehr Initiativen gutgeheissen, welche die kantonalen Behörden dazu verpflichten, sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen den Bau einer Atomanlage auf dem Kantonsgebiet oder in dessen Umgebung zu wenden. Obschon dies damals zu Recht als eindruckliches Votum gegen das AKW-Kaiseraugst gewertet wurde, war das AKW-Projekt nicht Gegenstand der Abstimmung. Dem Beispiel der Basler folgend, lancierte die AKW-Gegnerschaft anderer Regionen ebenfalls kantonale Initiativen. Im Kanton Schaffhausen trat eine Regelung in Kraft, wonach Stellung-

nahmen der Regierung bezüglich des Baus von Atomanlagen der Volksabstimmung unterliegen. Die Schaffhauser Regelung wird - vorausgesetzt der Souverän stimmt ihr am 2. Dezember zu - bald auch im Kanton Zürich gelten. Dann wird nämlich über den Gegenvorschlag zu einer inzwischen zurückgezogenen Initiative abgestimmt, der das Schaffhauser Verfahren übernimmt. Dasselbe will schliesslich eine St.Gallische Volksinitiative, für die gegenwärtig Unterschriften gesammelt wird. Dem fakultativen Referendum unterstehen kantonale Stellungnahmen zum Bau von Atomanlagen in Neuenburg. Kürzlich hat die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern ein Volksbegehren lanciert, in der das Recht, gegen diesbezügliche Stellungnahmen der Kantonsregierung das Referendum zu ergreifen, auch für die Bernerinnen und Berner gefordert wird. Nach dem knappen Scheitern der eidg. Atominitiative im vergangenen Februar eröffnet sich nun die Möglichkeit, dass in einzelnen Kantonen zumindest konsultative Volksabstimmungen zu Atomanlagen durchgeführt werden müssen. Zu bedeutsamen Abstimmungskämpfen könnte es vor allem in den Grosskantonen Zürich und Bern kommen. Während das Graben-Plebiszit, das eine Annahme der erwähnten SP-Initiative im Kanton Bern höchstwahrscheinlich zur Folge hätte, erst in einigen Jahren fällig würde, steht das Datum für die allfällige Kaiseraugst-Abstimmung im Kanton Zürich schon fest: Am 2. März 1980 werden die Zürcherinnen und Zürcher je nach Ausgang der Abstimmung von kommenden 2. Dezember wiederum zur Urne gerufen. Als einzige Bewohner der Schweiz werden sie voraussichtlich direkt zum AKW-Kaiseraugst Stellung nehmen können. Zu hoffen bleibt, dass AKW-Gegner- und Umweltschutzorganisationen die Bedeutung dieses Urnengangs erkannt haben. *hb.*

Umstrittenes CERN-Projekt

Die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) plant in Genf einen riesigen Teilchenbeschleuniger (LEP) mit einem Durchmesser von 10 km. Einmal fertiggestellt wird diese Anlage über eine Mia. Franken gekostet haben und ebensoviel Strom verbrauchen wie die Stadt Genf. Der Riesenbeschleuniger soll - nachdem nun die CERN-Mitgliedstaaten für eine Weiterführung der Projektierungsarbeiten grünes Licht gegeben haben - etwa 1988 in Betrieb genommen werden. In einem Communiqué hat sich die SES kritisch zum LEP-Projekt geäußert: "Sowohl in der Schweiz wie auch im übrigen Europa ist die wissenschaftliche Forschung weitgehend institutionalisiert und wird hauptsächlich durch öffentliche Gelder finanziert. Trotzdem werden die Ziele all dieser Anstrengungen nie öffentlich diskutiert. (...) Wir sind der Meinung, dass der Sinn dieser Pläne hinterfragt und das Projekt einer öffentli-

chen Auseinandersetzung unterstellt werden muss. Sicher verdient die Grundlagenforschung finanzielle Opfer der Steuerzahler. Ungerechtfertigt ist hingegen, dass die Hochenergiephysik eine Bevorzugung für sich beansprucht, die vor allem zu Lasten anderer, lebensfähiger und notwendigerer Forschungszweige geht. Die SES ist der Ansicht, dass ein weiteres Vorantreiben der Entwicklung in Richtung Grosstechnologie, wie es das Projekt LEP darstellt, nicht mehr zu verantworten ist. (...) Durch die Förderung der Hochenergiephysik wird die weitere Entwicklung der Atomenergie heimlich beschleunigt. Der Bau der französischen Zentralen Bugey und des Schnellen Brütters von Creys-Malville soll gerechtfertigt und der Bedarfsnachweis für das schweizerische Pro-



jekt Verbois erbracht werden. Die CERN als grosser Grundlastabnehmer ist ein idealer Kunde für Elektrizität aus Atomkraftwerken. Die Grösse, die Leistung und die Kosten dieses Projektes widersprechender Forderung nach einer Umorientierung der Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Kleintechnologie und erneuerbaren, dezentralen und umweltfreundlichen Energiequellen." *hb.*

Kraftwerk ALTA: Wounded Knee der Lappen?

Die Lappen wehren sich dagegen, dass ihr Land von der norwegischen Regierung an die Elektrizitätswirtschaft und stromfressende Multis verhökert wird. Im Herzen der Finnmark, dem letzten noch unversehrten Distrikt, in dem die Einheimischen ihre Rentierherden weiden können, soll das Wasserkraftwerkprojekt ALTA realisiert werden. Norwegen verbraucht heute schon recht viel Elektrizität pro Kopf der Bevölkerung, rund vier bis fünfmal

soviel wie die BRD oder Frankreich. Der grösste Teil davon geht jedoch auf Konto einiger Chemie- und Aluminiumkonzerne, die sich allgemein im Besitz internationaler Holdings befinden. Fast alle ihre Produkte verlassen das Land ebenso wie die Gewinne. Weideplätze gehen verloren, der Fischbestand in Europas reichstem Lachsfluss wird möglicherweise zugrunde gerichtet, Wege abgeschnitten, Dörfer unter Wasser gesetzt. "Wir Lappen werden nicht besser behandelt als die Indianer Amerikas", stellte ein Vertreter des 40 000 Seelen Volkes kürzlich fest. In der Tat zählen die Argumente der Lappen bei der norwegischen Regierung anscheinend wenig. Auf einen Sitzstreik vor dem norwegischen Parlament antworteten die Behörden kürzlich mit einer gewaltsamen, polizeilichen Räumung. Mit Hungerstreik und einem Zeltlager in ALTA, das den Zugang zur Baustelle versperrt, bekämpfen die Lappen das Wasserkraftprojekt nun exemplarisch als Grabstein ihrer kulturellen Eigenart und Lebensgewohnheiten. Zeichnet sich ein skandinavisches Wounded-Knee ab? Die ECOROPA (Europäische ökologische Aktion) ruft zur internationalen Solidarität - Protestbriefe an die norwegische Botschaft, Boykott des Tourismus nach Norwegen - auf. *hb.*

GBH setzt Arbeitsgruppe «Energiesparen des Bauen» ein.

Die in der Gruppe Technische Angestellte (GTA) der Gewerkschaft Bau und Holz zusammengeschlossenen Architekten, Ingenieure und

Fortsetzung auf Seite 4

Austauschinserrat

Die Gruppe Technische Angestellte (GTA) in der Gewerkschaft Bau und Holz ist die Arbeitnehmerorganisation der Angestellten in Architektur-, Ingenieur- und Planungsbüros. Die GTA setzt sich für die materiellen, beruflichen und sozialen Interessen der technischen Angestellten ein, befasst sich aber auch kritisch mit den Inhalten des Bauens sowie planerischen und ökologischen Fragestellungen.

() Ich interessiere mich für die Gruppe Technische Angestellte der GBH und wünsche mit Informationen bedient und zu Veranstaltungen eingeladen zu werden.

() Ich möchte Mitglied werden.

Name, Vorname:

Beruf:

Strasse:

PLZ, Ort:

bitte einsenden an das nächste GBH-Lokalsekretariat oder an:

Gewerkschaft Bau und Holz
Zentralsekretariat
Abteilung Kader und techn. Angestellte, Postfach, 8021 Zürich.

Die neue Initiative kommt

Endlich ist nun vor einigen Wochen die angekündigte Broschüre mit den verschiedenen Initiativvorschlägen erschienen. Sie kann zu Fr. 2.-- bei der SES bezogen werden. Die Einleitung des 36-seitigen Heftes erläutert genauer, worum es geht.

Wie man auch immer den Erfolg der Atomschutzinitiative beurteilen mag, sicher ist, dass sie nicht nur im Kampf gegen Atomkraftwerke, sondern auch in Bezug auf ein Umdenken in der Energiepolitik einen Markstein gesetzt hat. Unsere Stärke und die weite Verbreitung unserer Bedenken gegen den eingeschlagenen Weg sind deutlich zum Ausdruck gekommen. Trotzdem ist das Problem "Atomenergie" mit all seinen Aspekten nach wie vor nicht gelöst. Die zunehmende Zentralisierung der Energieversorgung, die Energieproduktion durch grosstechnologische Anlagen und das krampfhafteste Festhalten am weiteren Wirtschafts- und Energiewachstum verhindern eine dezentrale, auf inländischen, regenerierbaren Energiequellen beruhende und damit sichere Versorgung des Landes.

Die Untersuchungen der Abstimmungsresultate durch die schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung haben ergeben, dass nicht nur 49%, sondern 60% der Stimmenden der Meinung sind, ein weiterer Ausbau

der Atomkraftwerke sei nicht zu verantworten. Die neuesten Umfragen haben sogar gezeigt, dass nur noch 12% der Bevölkerung eine forcierte Entwicklung der Atomenergie befürworten. Diese Meinungen haben bis heute keinen Niederschlag in der schweizerischen Gesetzgebung gefunden, obwohl eine Mehrheit sie teilt. Die Wahrscheinlichkeit, dass in der Energiefrage gegen den Willen der Mehrheit gehandelt wird, ist deshalb gross.

Nach dem Unfall von Harrisburg ist der Kampf gegen Atomkraftwerke noch dringlicher geworden. Harrisburg kann sich jederzeit - auch bei uns - wieder ereignen. Wir dürfen deshalb den nuklearen Ausbauplänen nicht tatenlos zusehen.

Bezüglich der Energiepolitik ist der Fahrplan festgelegt: Bis 1983 muss das Atomgesetz total revidiert werden. Auf diese Gesetzesänderung müssen wir Einfluss nehmen.

Der Bund trifft Vorbereitungen,



einen Energieartikel in die Verfassung aufzunehmen, der dem Zentralstaat weitreichende energiepolitische Kompetenzen gibt. Soll auch dies ganz ohne unseren Einfluss geschehen? Ist es nicht unsere Pflicht, unsere energiepolitischen Vorstellungen zu formulieren und mit einer Initiative den nötigen Druck auszuüben, damit nicht nur Verbände, Parteien und Konzerne ihre Interessen wahrnehmen?

Sicher, eine Initiative ist nicht das einzige Mittel, diesen wichtigen Kampf zu führen. Aber es ist immerhin ein Kampfmittel, welches alle zwingt, Farbe zu bekennen.

Die vorliegende Broschüre ist das Resultat intensiver Diskussionen von AKW-Gegnern und Umweltschutzorganisationen. Wie das Bücklein aufzeigt, gibt es verschiedene Möglichkeiten einer neuen Initiative. Es geht uns in erster Linie darum, eine breite Diskussion über die inhaltlichen Stossrichtungen auszulösen. Wir hoffen, dass in den Gruppen und Organisationen durch Podiumsgespräche, Veranstaltungen und Diskussionen diese wichtige Frage im Gespräch mit der Bevölkerung geklärt wird. Wir glauben, dass dadurch eine neue Initiative von einem breiten Konsens getragen wird. Wir wollen verhindern, dass die Diskussion um die Unterstützung erst nach der Lancierung einsetzt.

Wir fordern alle an der Energie- und Atomfrage Interessierten auf, sich schriftlich an dieser "Vernehmlassung" zu beteiligen, den Fragebogen an die Adresse auf dem Deckel der Broschüre einzusenden.

Wir sind uns bewusst, dass man für die abschliessende Meinungsfindung nicht einfach alle Antworten numerisch auswerten kann. Immerhin erwarten wir wichtige Hinweise und Anhaltspunkte darü-

ber, welche der vielen Möglichkeiten die beste Aussicht hat, von der ganzen Bewegung, den Umweltschutzorganisationen und der Bevölkerung unterstützt zu werden.

GBH SETZT ARBEITSGRUPPE EIN Fortsetzung von Seite 3

Zeichner befassen sich schon seit längerer Zeit mit Fragen der Energieentwicklung und haben zuhanden des Gewerkschaftskongresses im Oktober einen Antrag formuliert, der die Gewerkschaftsführung beauftragt, ein detailliertes Konzept zur Förderung des energiesparenden Bauens auszuarbeiten. Der Antrag ist angenommen worden.

Anlass zur vorzeitigen Einsetzung einer Arbeitsgruppe gab die Meldung des Schweiz. Ingenieur- und Architektenvereins (SIA), die SIA-Norm für Wärmeisolation im Hochbau vorläufig nicht zu verschärfen. Als Reaktion auf diese zögernde Politik des SIA hatte die Gewerkschaft Bau und Holz eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie den SIA aufforderte, angesichts der sich zuspitzenden Energiesituation noch einmal auf diesen Entscheid zu-

rückzukommen. Die Arbeitsgruppe will nun die Frage der Normen im Sektor Wärmedämmung selber eingehend studieren.

Darüber hinaus soll von der Arbeitsgruppe in Zusammenhang mit dem erwähnten Kongressantrag ein Forderungskatalog erstellt werden, welcher neben der Verbesserung von Isolationen und der Integration von Isolationsvorschriften in Baugesetz und Bauordnung vor allem die staatliche Förderung von nichtnuklearen und umweltfreundlichen Energiequellen, die Subventionierung sowie die Gewährung zinsgünstiger Kredite für energiegerechtes Bauen beinhalten soll. Aber auch die Förderung von Baumaterialien, die wenig Energie für ihre Herstellung benötigen, soll in den Forderungskatalog aufgenommen werden. Die technischen Angestellten in der Gewerkschaft Bau und Holz versprechen sich von den Ergebnissen ihrer Arbeit einen Beitrag

zur Lösung der Energieproblematik und zur Bewusstseinsbildung bei den Baufachleuten in den eigenen Reihen. H.B.

«Bau und Holz» gegen weitere A-Werke

Die mit über 112 000 Mitgliedern zweitstärkste schweizerische Gewerkschaft "Bau und Holz" (GBH) lehnt den Bau weiterer Atomkraftwerke nach Leibstadt entschieden ab. Einem entsprechenden Vorstoss wurde am letzten ordentlichen GBH-Kongress (11. - 14.10.79) von keiner Seite opponiert.

"Die GBH unterstützt alle Bestrebungen zur Verhinderung weiterer Atomkraftwerke, einschliesslich Graben, Kaiseraugst, Verbois, Rüthi und Inwil, zur Verhinderung des Baus von Atommülldeponien gegen den Widerstand der Betroffenen Bevölkerung", heisst es unter anderem in diesem ohne Gegenstimme verabschiedeten Antrag. hb.